

## KOMMENTAR

### Das Inkonsistenzproblem, das Phänomen Syriza und die Perspektiven der Eurozone

Arne Heise

#### 1. Einleitung

Nach sechsjähriger Depression hat nun die griechische Wählerschaft ihre politische Klasse abgestraft, die Regierungen in der ganzen Europäischen Union (EU) in Schrecken versetzt und tatsächlich eine linke Regierung gewählt. Diese bekam von den Medien in diesem Lande sofort das Etikett „populistisch“ angehängt, weil sie im Wahlkampf damit geworben hatte, den wirtschafts- und sozialpolitischen *Mainstream* in (und aus) Europa zu bekämpfen und das Griechenland als Gegenleistung für finanzielle Nothilfen aufgezwungene Sparprogramm – das nicht nur ein Staatsausgabenkürzungs-, sondern auch ein Privatisierungs- und Deregulierungsprogramm, also ein ganz typisch neoliberales Anpassungsprogramm ist, wie es der Internationale Währungsfonds (IWF) unter der Bezeichnung „Washington Consensus“ vielen Entwicklungsländern bei Hilfszahlungen regelmäßig abverlangte<sup>1</sup> – aufzukündigen. Die allerersten Schritte der Regierung Tsipras und ihres Finanzministers Yanis Varoufakis ließen dann mit der angekündigten Verweigerung der Zusammen-

arbeit Griechenlands mit der sogenannten Troika (EU-Kommission, EZB und IWF als Gläubigervertreter) auch keinen Zweifel daran, dass hier ein Akteur auf die europäische Bühne getreten ist, der das gewohnte Spiel nicht weiter mitspielen will.

Neben dieser allgemeinen Beunruhigung, die selbstverständlich auch die Finanzmärkte erfasste, gibt es aber auch Stimmen, die mit dem Wahlsieg von Syriza nicht nur Chancen für ähnliche Entwicklungen in anderen von der Eurokrise besonders betroffenen EU-Ländern wie z. B. Spanien oder Portugal, sondern gar ein „Fenster der Möglichkeiten“ aufgehen sehen, die wirtschaftspolitische Architektur der Europäischen Währungsunion zu verändern: Hat sich schon die EZB unter ihrem italienischen Präsidenten in einer Weise von der Preisstabilitätsfixiertheit gelöst und sich stattdessen in der gegenwärtigen Situation auf die Finanzmarktstabilisierung konzentriert, dass die Bundesbank-Vertreter in den EZB-Gremien schier verzweifelte<sup>2</sup> und in Deutschland ernsthaft Rufe nach einer Veränderung der Entscheidungsstruktur in den EZB-Gremien zugunsten der Bundesbank-Vertreter laut wurden,<sup>3</sup> so scheinen jetzt auch jene *Governance*-Strukturen der Eurozone zur Disposition zu stehen, die insbesondere Deutschland durchgesetzt hatte: der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der Fiskalpakt, der „Sechser-Pack“.<sup>4</sup> Andererseits gibt es aber auch Überlegungen, die ein Scheitern der griechischen Regierung als nicht nur fatal für linke Positionen in der EU erachten.

## 2. Am deutschen Wesen genesen

Insbesondere die deutsche Politik und die deutschen Medien versuchen folgendes Narrativ durchzusetzen: Griechenland, aber auch andere Eurozonen-Mitglieder vornehmlich im Süden der EU, haben vor, während und nach der Weltfinanzkrise gegen die haushaltspolitischen Richtlinien der EU zu verstoßen statt ihre Volkswirtschaften zu reformieren und pochen nun auf die finanzielle Solidarität jener EU-Mitgliedstaaten, die, wie z. B. Deutschland mit seiner Agenda-2010-Politik, jene schmerzhaften Reformen bereits hinter sich haben und nun ökonomisch viel besser dastehen. So sozial unverträglich die von der Troika erzwungene Sparpolitik also auch sein mag, sie holt teilweise nur nach, was andere Länder unter besseren Bedingungen bereits umgesetzt haben und, vor allem, sie erzeugt jenen Druck, der eine Reformpolitik – gegen den Widerstand der „sozialen Demokratie“<sup>5</sup> – angeblich erst möglich macht. Hier paart sich also vorgebliche ökonomische Rationalität nach dem *ThereIsNoAlternative*-Muster mit der politischen Rationalität, seinen eigenen Bürgern eine Nachgiebigkeit gegenüber Griechenland und, wenn dies Schule macht, weiteren EU-Mitgliedsländern wegen der Gefahr der Stärkung „populistischer“ Strömungen im eigenen Lande nicht erklären zu können: Entweder wäre die schöne TINA-Rhetorik entlarvt oder tumbe Nationalismen à la „Alternative für Deutschland“ (AfD) würden gestärkt werden.

Im Folgenden soll anhand der Darstellung eines Inkonsistenzproblems – der „unmöglichen Euro-Trinität“ – etwas Licht in die gegenwärtigen Entwicklungen und künftigen Optionen gebracht werden.

## 3. Die unmögliche Euro-Trinität

Jeder Student der internationalen Ökonomik kennt das sogenannte „*impossible Trinity*“, wonach in einem System fester Wechselkurse und offener Finanzmärkte eine an nationalen Prioritäten ausgerichtete Geldpolitik nicht mehr möglich ist. In einer Währungsunion wie der EWU ist dies offensichtlich, da es nurmehr eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Geldpolitik des gesamten Währungsraumes gibt, die selbstverständlich nicht mehr an regionalen Sonderentwicklungen, sondern nur noch am Eurozonen-Durchschnitt orientiert sein kann. Da die Eurozone aber weiterhin nicht nur unterschiedliche regionale Konjunkturentwicklungen und Krisenverarbeitungsgeschwindigkeiten aufweist, sondern auch das wirtschaftliche Entwicklungsniveau recht weit auseinanderklafft, verbleibt an makroökonomischen Politikinstrumenten nur noch die Finanzpolitik, die in besonderem Maße regionalen Entwicklungen Rechnung tragen kann. In den einschlägigen Theorien über einen „optimalen Währungsraum“ ist es zwar zumeist die Lohnpolitik,<sup>6</sup> die die Anpassungslast von regionalen Sonderentwicklungen zu tragen hat, doch ist die Lohnpolitik zumindest im Status der Tarifautonomie und unter vollständiger Vernachlässigung einer Europäisierung im Rahmen des *EU-Governance*-Systems keine wirtschaftspolitisch verfügbare Politikvariable. Hier wäre allenfalls an eine Abstimmung der Lohn- mit der Geld- und Finanzpolitik zu denken, wie sie im sogenannten „Europäischen Makrodialog“ des Kölner Prozesses ja auch implementiert,<sup>7</sup> im Umfeld einer neoliberalen Politikorientierung<sup>8</sup> aber nie ernsthaft konstituiert wurde.<sup>9</sup>

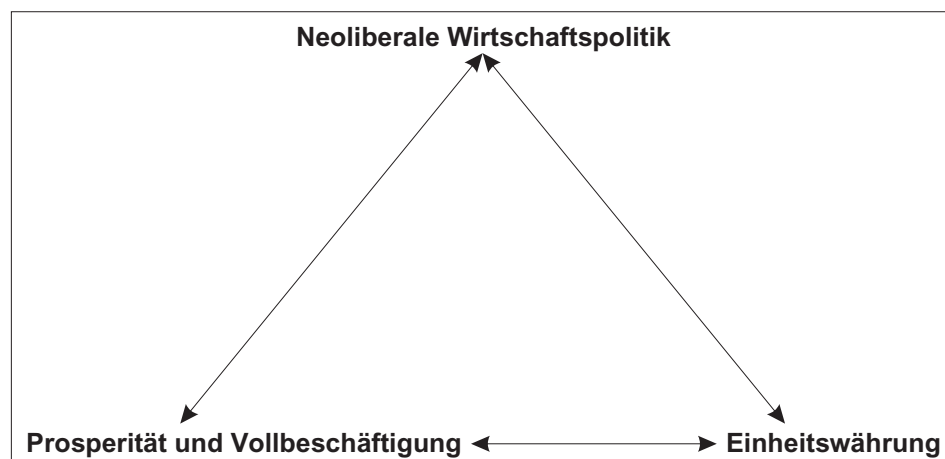
Wenn nun aber auch die in einer Währungsunion zweifellos gerechtfertigte Koordinierungsanforderung an die Finanzpolitik in einer Weise nicht nur interpretiert, sondern im Rahmen des SWP und des Fiskalpaktes auch sanktionsbewährt institutionalisiert ist, die keine eigenständige diskretionäre Intervention der Mitgliedstaaten jenseits der sogenannten „automatischen Stabilisatoren“<sup>10</sup> mehr zulässt, zeigt sich ein fataler Konstruktionsfehler der Eurozonen-Architektur: Die Politik „des Fesselns der eigenen Hände“ („*tying one's own hands*“), die gleichermaßen auf eine ideologisch begründete Staatsskepsis („Staatsversagen“) wie einen mittlerweile längst verworfenen wirtschaftspolitischen Konsens („*new neoclassical consensus*“ der Ära der „*great moderation*“<sup>11</sup>) zurückgeht, blockiert ein Steuerungspotenzial, welches gerade für ein politisches Großprojekt wie die Währungsunion unverzichtbar ist, das wenig genuine Unterstützung aus der Mitte der europäischen Bevölkerung hat(te). Die Zustimmung zur Europäischen Währungsunion war immer an die damit geknüpften

ökonomischen Erwartungen gebunden.<sup>12</sup> Während in Deutschland die Skepsis seit jeher groß und mithin die Unterstützung der EWU relativ gering war, hing die zunächst große Zustimmung in den südlichen Ländern der EU – insbesondere auch in Griechenland – an der Hoffnung, wirtschaftliche Impulse von einer EWU zu bekommen. Jetzt aber zeigt sich ein Inkonsistenzproblem, welches als „unmögliche Euro-Trinität“ bezeichnet werden könnte:

Die Beibehaltung der gemeinsamen Währung, einer neoliberal ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik und der an den ökonomischen Erfolg (Prosperität und Vollbeschäftigung) geknüpften Zustimmung durch breite Bevölkerungsmehrheiten in allen Mitgliedsländern der EWU sind unvereinbar (vgl. Abb. 1).<sup>13</sup>

Soll also die Eurozone langfristig Bestand haben und durch die Unterstützung breiter Bevölkerungsmehrheiten getragen und gesichert werden, wird eine neoliberale Wirtschaftspolitik (der sogenannte „Brüssel-Frankfurt-Konsens“<sup>14</sup>) – gegenwärtig eine Spar- und Austeritätspolitik – dysfunktional.<sup>15</sup> Soll

**Abbildung 1: Unmögliche Euro-Trinität**



eine neoliberale Wirtschaftspolitik weiter dominant bleiben und die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheiten nicht vollends verloren gehen, wird die Eurozone die nächste größere ökonomische Krise nicht überleben. Und soll sowohl die Eurozone als auch die neoliberale Architektur unverändert fortleben, wird die Unterstützung für Europa, aber auch für die nationalen politischen Eliten, die an der Eurozone festhalten, verloren gehen.

#### 4. Syriza und Podemos versus AfD, FN und UKIP

Der Wahlerfolg von Syriza scheint die zwangsläufige Folge der „unmöglichen Euro-Trinität“ zu sein: Die neoliberale Austeritätspolitik, die die Troika unter besonderer argumentativer Unterstützung der Bundesregierung Griechenland auferlegt hat, konnte ökonomisch nicht aufgehen, ließ die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise in Griechenland für den Fortbestand des Euros bröckeln und droht nun die Eurozone zu sprengen. Vielleicht aber, und dies erscheint die Hoffnung vieler Linker und Progressiver zu sein, ist die Bereitschaft zur Verteidigung des Euros als unabdingbare Errungenschaft der europäischen Integration so groß und unverbrüchlich, dass die Zustimmung zu diesem Projekt nur durch einen wahrhaften Politikwechsel erhalten werden kann. Dieses Szenario könnte wahrscheinlicher werden, wenn bei den im Herbst in Spanien stattfindenden Parlamentswahlen der linke *Newcomer* Podemos genauso den alten Parteien den Rang abläuft wie Syriza in Griechenland.<sup>16</sup> Jeder linke Wahlerfolg in einem Mitgliedstaat der Eurozone macht die Korrektur der EU-Governance-Struktur von einem „System

der Wettbewerbsstaaten“<sup>17</sup> zu einem System europäischer Wohlfahrtsstaaten durch die „soziale Demokratie“ einerseits prinzipiell wahrscheinlicher, andererseits aber auch die Kluft zu jenen immer größer, die im Euro nur den Ausdruck einer aus dem Ruder laufenden Europäisierung sehen: Insbesondere in den „Kernländern“ der EU gewinnen Parteien Zulauf, die in einem wohlfahrtsstaatlichen EU-Projekt eine Umverteilungsmaschine zu ihren Lasten und eine Aufweichung des Nationalstaates erkennen. Die „Alternative für Deutschland“ verbindet diese beiden nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Momente vielleicht am offensichtlichsten,<sup>18</sup> die französische Front National (FN) und die britische UK Independent Party (UKIP)<sup>19</sup> sind in ihrem Parteibildungsprozess hingegen schon weiter vorangeschritten. Wenn also den Wirtschafts- und Politikeliten insbesondere in den europäischen Kernländern die Diskurshegemonie abhanden kommt und die Themensetzung<sup>20</sup> zunehmend von rechtsorientierten Euro-Gegnern – wenn auch nur indirekt – bestimmt wird, mag die „unmögliche Euro-Trinität“ dort brechen, wo der Erhalt der EWU gefordert wäre. Hier nun würde sich rächen, dass die neoliberale Politik quasi als „*pensée unique*“ den Status des Unvermeidlichen (TINA) bekommen hat – im Zweifel lässt sich deshalb besser die Aufgabe des „Experiments“ Währungsunion begründen als ein notwendiger Politikwechsel.

#### 5. Im schlimmsten Fall: defekte Demokratie

Es ließe sich natürlich auch denken, dass der Euro in seiner bestehenden neoliberalen *Governance*-Struktur er-

halten bleiben soll – sei es als vorgeblich alternativlose Antwort auf die ökonomischen Herausforderungen an die EU im Zuge des fortschreitenden Globalisierungsprozesses, sei es als weiterhin genutztes Vehikel und Absicherung der Systemtransformation von nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaaten zum System von Wettbewerbsstaaten.<sup>21</sup> Im Rahmen der „unmöglichen Euro-Trinität“ wäre dies allerdings nur weiter durchsetzbar, wenn die Zustimmung zur EWU im Besonderen und der EU im Allgemeinen nicht länger an die ökonomischen Versprechen der europäischen Integration von allgemeinen Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtsgewinnen gebunden wären. Dies ist aber nur unter drei Bedingungen denkbar:

1.) Die Menschen in der EU erfasst eine breite Welle der „Europhorie“, die eine tiefgreifende, unerschütterliche europäische Identifikation – mit der Einheitswährung und mit den Institutionen der EU – implizierte. Wie in funktionierenden Nationalstaaten wäre also die politische Verfasstheit nicht in direkter Weise mit dem ökonomischen Ergebnis – also dem Nachweis der Effizienz von Institutionen – korreliert, sondern vielmehr mit deren politischer Legitimation. Gegenwärtig weisen alle Trends in genau die entgegengesetzte Richtung: Eine zunehmende Euroskepsis hat die Menschen in der EU ergriffen,<sup>22</sup> Renationalisierungstendenzen sind fast überall unübersehbar, von einem Vertrauen in die genuine Legitimation politischen Handelns auf EU-Ebene kann keine Rede sein.

2.) Die Menschen in der EU bringen ihren nationalen Regierungen ungebrochenes Vertrauen entgegen, in einer dysfunktional gewordenen E(W)U in technokratischer, von ihnen nicht

mehr nachvollziehbarer Weise wenigstens sicherzustellen, auf der „Gewinnerseite“ zu stehen. Je nach nationaler Position in der europäischen Arbeitsteilung kann dies dadurch erreicht werden, dass entweder Verfahren und Institutionen geschaffen werden, die nationale Standortvorteile erhalten bzw. schaffen oder Politiken durchsetzen, die einen finanziellen Ertrag – also einen Umverteilungsgewinn – erbringen. So kann die Vereinheitlichung der Geld- und Finanzpolitik im Rahmen von EWU und SWP gleichermaßen als das Versprechen gewertet werden, die Grundpfeiler des (deutschen) Wirtschaftserfolges gesichert bzw. durch Europäisierung die deutsche Dominanz gebrochen zu haben.<sup>23</sup> Und die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU waren so gestaltet, den wirtschaftlich schwächeren Ländern der EU die Zustimmung zur weiteren Integration durch langfristige Umverteilungsversprechen abzu kaufen. Was bis zur Weltfinanz- und folgenden Eurokrise – also unter „normalen“ ökonomischen Bedingungen – erstaunlich gut funktionierte, hat sich spätestens in den letzten Jahren als Illusion erwiesen: In einer dysfunktional gestalteten Währungsunion können unmöglich alle Teilwirtschaften gleichzeitig „Gewinner“ sein. Entweder, und dies befürchten die deutschen Architekten des EWU-Governance-Systems, werden die geschaffenen Verfahren (SWP) oder Institutionen (EZB) aufgeweicht bzw. von innen heraus transformiert oder, und dies erlebten die „Umverteilungsgewinner“ im Rahmen der auferlegten Austeritätspolitik hautnah, die Aufrechterhaltung finanzieller Unterstützung wird an Auflagen gebunden, die das erhoffte Kosten-Nutzen-Verhältnis in inakzeptabler Weise verändert.

3.) Schließlich kann die Entkopplung von Zustimmung und ökonomischer Erfolgskontrolle auch dadurch bewerkstelligt werden, dass sich die EU-Governance-Strukturen und Institutionen weitgehend außerhalb demokratischer Kontrolle und, mithin, des demokratischen Reformanspruchs befinden. Das „demokratische Defizit“ in der EU ist vielfach beklagt worden – doch in unserem vorliegenden Fall zeigt sich nicht nur das häufig angeführte Problem, dass die politische Gestaltungsmacht zunehmend von der Legislative auf die Exekutive übergegangen ist,<sup>24</sup> sondern vor allem, dass selbst die Exekutive – sicher auf nationaler, aber auch auf EU-Ebene – keine uneingeschränkte Fähigkeit zur Politikgestaltung mehr hat: Da die Politik in der EU nicht von der Legislative, sondern als Aushandlungsprozess vieler nationaler Exekutiven (und der EU-Kommission als zusätzlichem Akteur) bestimmt wird, sind einmal getroffene Entscheidungen nur mehr mit qualifizierter Mehrheit oder gar, mittlerweile allerdings nur noch in Ausnahmefällen, durch Einstimmigkeit im EU-Ministerrat zu revidieren. Selbst wenn sich also die neoliberale Architektur als offensichtlich dysfunktional erweisen sollte, jedenfalls aber vom Demos eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten und deren Regierungen als dysfunktional empfunden wird, ist eine einfache Reform der Prozesse, Verfahren und Institutionen nur dann möglich, wenn zumindest eine qualifizierte Mehrheit – nicht etwa der Wähler in der EU, sondern der Regierungsvertreter im Ministerrat – dafür organisiert werden oder, im Falle von Verfahren und Institutionen die, wie z. B. die EZB und der SWP, Bestandteil der europäischen Verträge sind, sogar Einstimmigkeit erzielt werden kann.

Anders ausgedrückt: Die Durchsetzung des demokratischen Grundprinzips der „Politik für das Volk durch das Volk“ wird hier auf nationaler Ebene ausgehebelt und ist bislang auf EU-Ebene nicht rekonstruiert worden. Was auf Politikgebieten mit geringer Strahlkraft und eher technokratischer Bedeutung (den sogenannten „*Low Politics*“) funktionieren mag, führt auf Politikgebieten mit großer gesellschaftlicher Bedeutung („*High Politics*“) dazu, dass die Demokratie als „defekt“ wahrgenommen wird und an Legitimation verliert. Zweifellos sind die sozialen Bewegungen, die zu Syriza und Podemos geführt haben von anderer Qualität und Orientierung als jene, die die AfD, FN oder UKIP groß gemacht haben. Sie sind aber alle Ausfluss des Unbehagens über die Defekte einer Demokratie, die Entscheidungen zunehmend von den Präferenzen der Wähler entkoppelt.

## 6. Syriza: Zum Erfolg verdammt

Es wäre allzu naiv zu glauben, mit dem Wahlerfolg von Syriza in Griechenland sei jetzt sicher der erste Schritt in eine Rückgewinnung der „sozialen Demokratie“ auf EU-Ebene getan. Dies wäre nur dann so, wenn sich die bisher dominanten gesellschaftlichen Eliten in der EU (und vor allem in Deutschland) bereit zeigten, die Währungsunion zu verteidigen und entsprechende Korrekturen am EU-Governance-System vorzunehmen. Vor dem Hintergrund der jahrelangen, Mantra-artigen Wiederholung der Unverzichtbarkeit einer bestimmten wirtschaftspolitischen Orientierung<sup>25</sup> erscheint dies nur schwer möglich, ohne sich Glaubwürdigkeitsprobleme einzuhandeln und politisches Kapital zu ver-

spielen. Doch selbst wenn diese Bereitschaft unterstellt werden könnte, bleibt fraglich, ob die Einstimmigkeit in den EU-Entscheidungsgremien erzeugt werden kann, um die notwendigen Korrekturen vorzunehmen<sup>26</sup> – für jedes entscheidungsberechtigte EU-Mitgliedsland lassen sich sicher gute Gründe finde, weshalb die Unterstützung einer Kurskorrektur ausbleibt oder jedenfalls teuer erkaufte werden müsste (und sei es nur, weil die Veto-Position dies erlaubt). Und die „Härtung“ der Verfahren im Zuge der Euro-Krise lässt wenig Spielraum für eine „Flexibilisierung“ innerhalb der bestehenden Strukturen.<sup>27</sup>

Es bliebe noch die Option, die notwendige Interventionsfähigkeit, die das gegenwärtige *Governance*-System verwehrt, auf EU-Ebene durch Schaffung einer veritablen EU-Wirtschaftsregierung mit fiskalischen und finanzpolitischen Kompetenzen und einer progressiven Ausrichtung zu schaffen.<sup>28</sup> Wenngleich dies mittelfristig wohl eine unverzichtbare, also notwendige Bedingung für eine funktionsfähige EWU ist, erscheint es keine tragfähige Option für die unmittelbare Gegenwart: Es müssten erst einmal föderalistische Strukturen geschaffen werden, die die politische und administrative Basis für die Umsetzung einer solchen Politik ermöglichen. Vor allem aber deuten die bereits angesprochenen Renationalisierungstendenzen in der EU in genau die entgegengesetzte Richtung. Bevor also eine weitere Europäisierung realistisch erscheint, muss sich die gegenwärtige EU erst einmal als Problemlöser, nicht Problemverstärker präsentieren.

Es dürfte klar geworden sein, wie sehr die maßgeblich von Syriza getragene Regierung Griechenlands zum

Erfolg verdammt ist: Sie hat ein klares Mandat, die vom gegenwärtigen EU-*Governance*-System erzwungene Sparpolitik für Griechenland zu beenden, ansonsten würde das demokratische System soweit defekt werden, dass es seine Legitimation verspielt. Andererseits muss es ihr gelingen, eine andere wirtschafts- und sozialpolitische Orientierung in der Eurozone möglich, vielleicht sogar dominant werden zu lassen, ansonsten wird die EWU keinen dauerhaften Bestand haben. Es steht wahrlich viel auf dem Spiel.

### Zusammenfassung

Mit dem Wahlsieg der linken Partei „Syriza“ in Griechenland steht die EU vor einer neuen Herausforderung: Die als „Brüssel-Frankfurt-Konsens“ bezeichnete Austeritätspolitik als Antwort auf die Krise der öffentlichen Haushalte wird von der Regierung eines EU-Mitgliedsstaates offen und vehement abgelegt – hierfür hat ihr der griechische Demos ein klares Mandat erteilt. Im vorliegenden Aufsatz wird argumentiert, dass diese Entwicklung, die auch andere EU-Mitgliedstaaten erfassen könnten, das Ergebnis einer „unmöglichen Euro-Trinität“ ist, in der sich die Unvereinbarkeit von neoliberaler Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, dem Erhalt einer gemeinsamen Geld- und Währungspolitik und einer Legitimation der europäischen Integration zeigt, die sich auf die Erwartung wachstums- und beschäftigungsförderlicher Impulse für das weitere Zusammenwachsen der EU stützt.

### Abstract

The electoral success of Syriza, a left-wing party, in Greece poses yet another challenge to the European Union: The so called „Brussels-Frankfurt Consensus“ comprising austerity measures to address sov-

foreign debt problems in the aftermath of the World Financial Crisis is being openly and strongly opposed by the government of one EU member state which is supported by its electorate. In the present article, it is argued that this development which may easily spill over to other EU member states is due to the „impossible Euro trinity“ in which the incompatibility of economic and social policy with a neoliberal orientation, the safeguarding of a common European currency and the legitimacy of European intergation being based on the positive expectations of economic and employment growth as result of such an integration is shown.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. z. B. Kellermann (2006), Matthes (2015).
- <sup>2</sup> Vgl. Steen (2012), Blackstone (2014).
- <sup>3</sup> So schreibt die FDP (2013) in ihrem Beschluss „Für ein wirtschaftlich starkes und stabiles Europa“: „Deshalb unterstützt die FDP die Bundesbank in ihrem Bemühen, den Euro stark zu halten. Auch im Hinblick auf das bevorstehende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zum Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB fordern wir, dass Entscheidungen über sogenannte quantitative Maßnahmen der EZB in Analogie zum Europäischen Stabilitätsmechanismus mit 80 Prozent der Stimmen erfolgt. Dabei sollte die Stimmengewichtung entsprechend der Kapitalanteile der Euro-Mitgliedsstaaten erfolgen. Die großen nationalen Zentralbanken wie die Bundesbank oder die Banque de France hätten dann ein Quasi-Veto bei außergewöhnlichen Geschäften wie dem Ankauf von Staatsanleihen.“
- <sup>4</sup> Vgl. Heise (2011).
- <sup>5</sup> Unter „sozialer Demokratie“ wird die Vorstellung verstanden, dass demokratische Mehrheitswahlsysteme ein Maß an Bereitstellung sozialer Sicherheit erzwingen, das über das Mindestmaß des Nozick'schen Minimalstaates hinausgeht; vgl. Heise (2012a).
- <sup>6</sup> Vgl. Mundell (1961), Heise (2002).

- <sup>7</sup> Vgl. Heise (2001).
- <sup>8</sup> Wenn im Folgenden von „neoliberal“ oder „Neoliberalismus“ gesprochen wird, ist damit kein konturloser politischer Kampfbegriff gemeint, sondern ein in der wissenschaftlichen Diskussion eingeführtes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Paradigma; vgl. u.v.m. Harvey (2005), Willgerodt (2006), Palma (2009), Rothschild (2009).
- <sup>9</sup> Koll, Hallwirth (2010).
- <sup>10</sup> Hierbei handelt es sich um die konjunkturdämpfende Wirkung, die von Steuerfällen (-mehreinnahmen) und autonomen Ausgabensteigerungen (-senkungen) des Staates, also einem konjunkturellen Defizit (Überschuss), im Abschwung (Aufschwung) des Konjunkturzyklus ausgeht, ohne dass die Finanzpolitik aktiv eingreifen muss.
- <sup>11</sup> Vgl. Blanchard (2008); Blanchard, Dell'Ariccia, Mauro (2010).
- <sup>12</sup> Hooghe und Marks (2004) zeigen, dass die Zustimmung zur europäischen Integration vor allem (negativ) mit der nationalen Identifikation und (positiv) mit den ökonomischen Erwartungen der Europäer korreliert; vgl. auch Nissen (2004). Deshalb wurde die Forderung einer Europäischen Währungsunion – neben politischen Argumenten – immer damit begründet, sie würde Wachstum und Beschäftigung in Europa fördern; vgl. European Commission (1990).
- <sup>13</sup> Cooper (2011) spricht von der „Rache des Neofunktionalismus“ und meint damit, dass sich gelegentlich Funktionsnotwendigkeiten innerhalb sozialer Systeme ergeben, die Maßnahmen erfordern, die von den Architekten des Systems nicht intendiert waren.
- <sup>14</sup> Vgl. Monastiriotis (2015) 3.
- <sup>15</sup> Diese Dysfunktionalität hat sich insbesondere in der Weltfinanz- und Eurokrise gezeigt; vgl. z. B. Creel, Hubert, Saraceno (2012); Heise (2012b); Karagounis, Syrrakos, Simister (2015).
- <sup>16</sup> Vgl. Ehrke (2015).
- <sup>17</sup> Vgl. Busch (2012) 6; Heise (2013).
- <sup>18</sup> Vgl. Alban (2015).
- <sup>19</sup> Großbritannien ist zwar nicht Mitglied

der Eurozone, doch widerspricht dies allein deshalb nicht der Einbeziehung von UKIP in unsere Betrachtung, da die Partei 1993 im Wesentlichen in Opposition zur Europäischen Währungsunion (und Großbritanniens Teilnahme daran) gegründet wurde. Heute ist UKIP das Sammelbecken für extreme Euroskeptiker in Großbritannien, die den *Agenda-Setting*-Prozess zu EU-Themen erheblich mitbestimmt – in diesem Sinne kann eine Betrachtung von UKIP auch für Entwicklungen in Eurozoneländern interessant sein. Vgl. z. B. Ford, Goodwin, Cutts (2012); Dye (2015).

<sup>20</sup> Zum Konzept des *Agenda-Setting* und dessen Einfluss auf die (Wirtschafts-) Politik vgl. Heise (2010) 390ff.

<sup>21</sup> Vgl. Heise (2012a).

<sup>22</sup> Vgl. Serricchio, Tsakatika, Quaglia (2013); Usherwood, Startin (2013).

<sup>23</sup> Während also Deutschland alles daran setzte und die Ergebnisse als entsprechenden Erfolg verkaufte, die EZB nach dem Vorbild der Bundesbank geschaffen zu haben, glaubte Frankreich die Hegemonie der Bundesbank im Europäischen Währungssystem (EWS) nur durch die Europäisierung der Geldpolitik im Rahmen einer EWU brechen zu können und dies auch verwirklicht zu haben. Während Deutschland noch kurz vor Eintritt in die letzte Phase der Vorbereitung auf die Währungsunion einen „Stabilitätspakt“ als Voraussetzung für Deutschlands Teilnahme an der EWU durchsetzte und dies als entsprechenden Erfolg kommunizierte, fügte Frankreich dieser finanzpolitischen Zwangsjacke noch das zusätzliche Präfix „Wachstum“ hinzu und glaubte damit, die deutsche Stabilitätsfixiertheit kompensiert zu haben; vgl. Heise (2005).

<sup>24</sup> Colin Crouch (2008) prägte den Begriff der „Postdemokratie“ für eine Gesellschaftssystem, in dem zwar weiterhin die wesentlichen Merkmale eines demokratischen Systems Bestand haben (also insbesondere Mehrheitswahlen, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit), letztlich aber die Politik nur mehr von

Technokraten bestimmt wird und die Outputlegitimation (Ergebnisse) die Inputlegitimation (Verfahren) ersetzt hat. Wolfgang Streeck (2012) spricht von „Marktgesellschaft“ und stellt sie der Demokratie gegenüber. Andreas Fisahn (2013, S. 50) führte den Begriff der „autoritären Wirtschaftsregierung“ ein: „Das ist nicht der bekannte, autoritäre Staat mit dem Abbau an Liberalität und dem Ausbau der Repression – der könnte am Ende stehen. Gemeint ist, dass Budgetentscheidungen zentralisiert werden und damit zentral von europäischer Ebene in den Haushalt und damit letztlich in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten eingegriffen werden soll.“

<sup>25</sup> Vassilis Monastiriotis (2015, S. 3) meint dazu: „So, while its eurozone partners may indeed be committed to keeping Greece in the EMU, and while they may be amenable to some renegotiation of the terms of the loan agreements and the targets of the fiscal adjustment programme (...), they are extremely unlikely to accept anything less than a firm and unequivocal adherence to fiscal discipline (...) and a similar commitment to market-liberalising structural reforms.“

<sup>26</sup> Es ist deshalb sehr bedenkenswert, was Peter Wahl (2013, S. 10f) schreibt: „Vielmehr entstand eine Pfadabhängigkeit, aus der man nur über den Bruch mit den Verträgen herauskommt. Es sei denn, man hängt der Illusion an, es käme irgendwann zur notwendigen Einstimmigkeit der 28 Mitgliedsstaaten für eine Vertragsänderung zugunsten eines linken Kurswechsels.“

<sup>27</sup> Noch einmal Peter Wahl (2013, S. 10): „Denn diesem (dem europäischen *Governance*-System, A. H.) ist der Neoliberalismus als genetisches Programm eingeschrieben und fest in Strukturen und Regeln zementiert. Diese Strukturen und Regeln sind kein neutrales Gefäß, in das heute Neoliberalismus und morgen linke Wirtschafts- und Sozialpolitik gefüllt werden könnte.“

<sup>28</sup> Vgl. Heise, Görmez Heise (2010).

## Literatur

- Alban, W., Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2 (2015) 83-90.
- Blackstone, B., Bundesbank Chief opposes ECB Rate Cuts and planned asset buys, in: *Wall Street Journal* (4.9.2014).
- Blanchard, O., The State of Macro (= NBER Working Paper 14259, Washington, D. C., 2008).
- Blanchard, O.; Dell'Ariccia, G.; Mauro, P., Rethinking Macroeconomic Policy (= IMF Staff Position Note 10/03, Washington, D. C., 2010).
- Busch, K., Scheitert der Euro? Strukturprobleme und Politikversagen bringen Europa an den Abgrund (= FES Studie, Berlin 2012).
- Cooper, I., The Euro?Crisis as the Revenge of Neo?Functionalism; in: *EU Observer* (21.9.2011); online: <http://euobserver.com/opinion/113682>.
- Creel, J.; Hubert, P.; Saraceno, F., The European Fiscal Compact: a Counterfactual Assessment; in: *Journal of Economic Integration* 27/4 (2012) 537-563.
- Crouch, C., Postdemokratie (Frankfurt am Main 2008).
- Dye, D. T., The Language of Euroskepticism: UKIP Discourse in Comparative Context (= paper prepared for the 2015 Political Studies Association Annual International Conference, Sheffield, 30.3.2015; unveröffentl. Manuskript).
- Ehrke, M., Von Griechenland lernen heißt siegen lernen. Wie Podemos das spanische Parteiensystem aufmischt; in: *Internationale Politik und Gesellschaft*; Rubrik „Soziale Demokratie“ (2015); online: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/von-griechenland-lernen-heisst-siegen-lernen-776/>.
- European Commission, One Market, One Money: An Evaluation of the Potential Benefits and Costs of Forming an Economic and Monetary Union, in: *European Economy* 44 (1990).
- FDP, Für ein wirtschaftlich starkes und stabiles Europa. Beschluss des Präsidiums der FDP (Berlin, 27. Mai 2013).
- Fisahn, A., Krise der Demokratie in der EU und den Mitgliedsstaaten; in: Sauer, T.; Wahl, P. (Hrsg.), *Welche Zukunft hat die EU. Eine Kontroverse* (Hamburg 2013) 37-52.
- Ford, R.; Goodwin, M. J.; Cutts, D., Strategic Eurosceptics and polite xenophobes: Support for the United Kingdom Independent Party (UKIP) in the 2009 European Parliament elections; in: *European Journal of Political Research* 51/2 (2012) 204-234.
- Harvey, D., *A Brief History of Neoliberalism* (New York 2005).
- Heise, A., Der Kölner Prozess – Theoretische Grundlagen und erste Erfahrungen mit dem EU-Makrodialog; in: *Integration* 24/4 (2001) 390-402.
- Heise, A., Theorie optimaler Lohnräume – Zur Tarifpolitik in der Europäischen Währungsunion; in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 71/3 (2002) 368-383.
- Heise, A., Has Germany been Europeanised or has Europe become (too) Germanic?; in: *Intereconomics* 40/5 (2005) 285-291.
- Heise, A., *Einführung in die Wirtschaftspolitik* (Münster 2010).
- Heise, A., European Governance: Institutionelle Reformen nach der Krise; in: *Wirtschaftsdienst* 91/9 (2011) 634-642.
- Heise, A., Demokratie und Sozialstaat. Einblick in eine kontroverse Beziehung; in: *Perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik* 29/2 (2012a) 69-87.
- Heise, A., Governance without Government or, The Euro Crisis and What Went Wrong with European Economic Governance?; in: *International Journal of Political Economy* 41/2 (2012b) 42-60.
- Heise, A., Das Wettbewerbsprinzip in der Europäischen Union, in: Sauer, T.; Wahl, P. (Hrsg.), *Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse* (Hamburg 2013) 82-92.
- Heise, A.; Görmez Heise, Ö., Europäische Wirtschaftsregierung: notwendige Ergänzung der EWU oder unrealistische

- Illusion?, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 36/3 (2010) 325-347.
- Hooghe, L.; Marks, G., Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?, in: *Political Science and Politics* 37/3 (2004) 415-420.
- Karagounis, K.; Syrrakos, D.; Simister, J., The Stability and Growth Pact, and Balanced Budget Fiscal Stimulus: Evidence from Germany and Italy; in: *Inter-economics* 50/1 (2015) 32-39.
- Kellermann, Chr., *Die Organisation des Washington Consensus* (Bielefeld 2006).
- Koll, W.; Hallwirth, V., Strengthening the Macroeconomic Dialogue to tackle economic imbalances within Europe; in: Watt, A.; Botsch, A. (Hrsg.), *After the Crisis: Towards a sustainable growth model* (Brüssel 2010) 139-143.
- Matthes, J., Krisenländer: Relevanz von Strukturreformen für Wachstum und Währungsraum; in: *Wirtschaftsdienst* 95/2 (2015) 106-113.
- Monastiriotis, V., The End of Austerity; in: *Intereconomics* 50/1 (2015) 2f.
- Mundell, R.A., A Theory of Optimum Currency Areas; in: *American Economic Review* 51 (1961) 657-665.
- Nissen, S., Europäische Identität und die Zukunft Europas; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* B 38 (2004) 21-29.
- Palma, J.G., The revenge of the market on rentiers. Why neo-liberal reports of the end of history turned out to be premature; in: *Cambridge Journal of Economics* 33/4 (2009) 829-869.
- Rothschild, K. W., Neoliberalism, EU and the Evaluation of Policies, in: *Review of Political Economy* 21/2 (2009) 213-225.
- Serricchio, F.; Tsakatika, M.; Quaglia, L., Euroscepticism and the Global Financial Crisis, in: *Journal of Common Market Studies* 51/1 (2013) 51-64.
- Steen, M., Weidmann Isolated as ECB Plan Is Approved, in: *Financial Times* (7.9.2012).
- Streeck, W., Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57/12 (2012) 61-72.
- Usherwood, S.; Startin, N., Euroscepticism as a Persistent Phenomenon, in: *Journal of Common Market Studies* 51/1 (2013) 1-16.
- Wahl, P., Welche Zukunft für die EU? Eine Kontroverse, in: Sauer, T.; Wahl, P. (Hrsg.), *Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse* (Hamburg 2013) 8-26.
- Willgerodt, H., Der Neoliberalismus – Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit, in: *Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 57 (2006) 47-89.